

Landkreis Ravensburg

den 22. Aug. 2017

Niederschrift

über die Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Technik
am 27.06.2017 im Landratsamt Außenstelle Weingarten,
Sauterleutestr. 34, Weingarten, Sitzungssaal Raum 009

Dauer 14:30 Uhr bis 17:00 Uhr

Normalzahl: Der Vorsitzende und 20 Mitglieder

Anwesend:

Vorsitzende/r

Herr Landrat Harald Sievers,

stellvertr. Vorsitzende/r

Frau Eva-Maria Meschenmoser,

CDU

Herr Wilhelm Heine,

Herr Karl Immler,

Herr Wolfgang Kleiner,

Herr Dieter Krattenmacher,

Herr Clemens Moll,

in Vertretung für KR Leonhardt

Herr Alois Peter,

Herr Robert Schweizer,

Herr Josef Wurm,

FWV

Herr Matthias Grad,

Herr Dr. Hermann Schad,

Herr Roland Schmidinger,

Bündnis 90 / Die Grünen

Herr Bruno Sing,
Herr Heinz Strubel,

SPD

Herr Rudolf Bindig,
Herr Gerhard Lang,

in Vertretung für KR Rölli

ÖDP

Herr Julian Aicher,
Herr Max Scharpf,

Die Linke

Herr Dr. Till Bastian,

Protokollführer

Frau Eva Weeber,

von der Verwaltung

Herr Franz Baur,
Herr Walter Sieger,

Dezernent Finanzen, Schulen u. Infrastruktur
Dezernent Kreisentwicklung, Wirtschaft u.
ländlicher Raum

Herr Werner Nitz,
Herr Simon Gehringer,
Herr Hubert Messmer,
Frau Iris Steger,
Herr Bertrand Schmidt,
Herr Markus Thiel,

Amtsleiter Abfallwirtschaftsamt
Amtsleiter Straßenbauamt
Geschäftsführer Eigenbetrieb IKP
Amtsleiterin Bau- und Umweltamt
Bau- und Umweltamt
Bau- und Umweltamt

Abwesend:

CDU

Herr Hans-Jörg Leonhardt,

wird von KR Moll vertreten

FWV

Herr Karl-Heinz Buschle,

Bündnis 90 / Die Grünen

Herr Gereon Güldenbergl,

SPD

Herr Jürgen Rölli,

wird von KR G. Lang vertreten

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

1. Änderung der Tagesordnung
2. Protokoll der vorausgegangenen Sitzung

Angelegenheiten des Abfallwirtschaftsamtes

3. 0094/2017
Vorsorgliche Kündigungen der öffentlich-rechtlichen Vereinbarungen über kommunale Beistandsleistungen bei der Abfallentsorgung zum 31.12.2017

Angelegenheiten des Straßenbauamtes

4. 0236/2016
Freigabe der mit Sperrvermerk für die Erhaltung von Kreisstraßen vorgesehenen HH-Mittel

Angelegenheiten des Eigenbetriebs IKP

5. 0076/2017
Stromkostensenkung in Flüchtlingsunterkünften des Landkreises Ravensburg - Beauftragung von Herrn Claus Scheuber zur Durchführung einer Machbarkeitsstudie und Ermittlung öffentlicher Fördermittel - Antrag der ÖDP-Fraktion vom 08.05.2017

Mitteilungsvorlagen

6. 0093/2017
K 8011, Verlegung Anschluss an die B 12 - Information über Planungsstand und Öffentlichkeitsarbeit
7. 0095/2017
Entwicklung der Ökokonto Maßnahmen im Landkreis Ravensburg
8. Mitteilungen und Anfragen

Nichtöffentliche Sitzung

Angelegenheiten des Eigenbetriebs IKP

9. 0090/2017
Energieversorgung Schul- und Verwaltungsquartier in Ravensburg - Zuwendung im Rahmen des EFRE

10. Mitteilungen und Anfragen

Die Mitglieder des Ausschusses für Umwelt und Technik wurden am 07.06.2017 zu dieser Sitzung eingeladen.

Der Vorsitzende begrüßt alle Anwesenden und stellt fest, dass zur Sitzung ordnungsgemäß eingeladen wurde und dass das Gremium beschlussfähig ist.

Er gratuliert Herrn Gehringer zum heutigen Geburtstag.

Öffentliche Sitzung

1 Änderung der Tagesordnung

Es werden keine Änderungswünsche zur Tagesordnung vorgebracht.

2 Protokoll der vorausgegangenen Sitzung

Zum Protokoll der Sitzung am 11.05.2017 gibt es keine Änderungswünsche.

Beratungsergebnis: zur Kenntnis genommen

Angelegenheiten des Abfallwirtschaftsamtes

3 0094/2017

Vorsorgliche Kündigungen der öffentlich-rechtlichen Vereinbarungen über kommunale Beistandsleistungen bei der Abfallentsorgung zum 31.12.2017

Die KRe Krattenmacher und Moll sind befangen und verlassen die Sitzung.

Herr Baur stellt die Ausgangslage und das von der Verwaltung geplante Vorgehen mit einer PowerPoint-Präsentation vor.

KR Schmidinger hält den Kündigungszeitpunkt 31.12.2017 für zu früh. Die Thematik sei in der Fraktion der Freien Wähler, die eher die harte Rückdelegation favorisiere, noch nicht abschließend besprochen worden. Sofern ausführliche Informationsveran-

staltungen in den Städten und Gemeinden durchgeführt werden, könne er sich allenfalls eine Kündigung auf 31.12.2018 vorstellen. In der Zwischenzeit habe die Verwaltung die Aufgabe, mit den Kommunen einen Konsens zu erzielen.

KR Wurm stimmt dieser Vorgehensweise zu. Bis zum 31.12.2018 solle die Landkreisverwaltung mit den Gemeinden bzw. den Gemeinderäten nach einvernehmlichen Lösungen suchen.

Auch KR Sing möchte zuerst die Kommunen einbinden, um bei diesem emotionalen Thema größere Unruhen zu vermeiden.

KR Bindig kann die Intention der Verwaltung, einige Zuständigkeiten zu verlagern, sachlich-inhaltlich nachvollziehen. Er tauscht sich mit Herrn Baur über den Inhalt und die Bedeutung der Angaben in den §§ 3 und 6 den Beistandsleistungsvereinbarungen aus.

Der Vorsitzende analysiert die Vor- und Nachteile der beiden Verfahrensarten:

- Organisation und Serviceleistungen der Abfallwirtschaft gleichzeitig regeln
- oder erst die Organisation festlegen und danach die Serviceleistungen (mit gleichzeitiger Diskussion über die Wertstoffhöfe).

Die Kündigung der bestehenden Beistandsleistungsvereinbarung würde seines Erachtens eine klare Gesprächsgrundlage für Verhandlungen auf Augenhöhe bilden. Die Schaffung einer klaren und einheitlichen Positionierung könne die Verhandlungsposition der Kreisverwaltung in den kommunalen Gremien deutlich stärken.

KR Schmidinger sieht diese anders. Eine Kündigung setze negative Vorzeichen für die anstehenden Gespräche. Insofern sei der Verzicht auf die Kündigungen der psychologisch bessere Weg.

KR Sing spricht sich für die harte Rückdelegation aus, jedoch mit einer längeren Kündigungsfrist.

KR M. Scharpf fände es besser, die Städte und Gemeinden mit Argumenten (anstatt mit Kündigungen) zu überzeugen.

Der Vorsitzende fasst die Eckpfeiler der heutigen Diskussion zusammen:

- Rückdelegation soll zum 31.12.2018 erfolgen

- aber heute keine Kündigung der Vereinbarungen
- Gesprächsrunde mit den Gemeinden
- Kündigungsbeschluss soll im Herbst 2017 wieder auf die Tagesordnung

Herr Baur würde den Beschluss (Kündigung zum 31.12.2018) gerne heute fassen, danach die Informationsrunde durchführen und im Anschluss die Kündigungsschreiben versenden.

KR Dr. Schad plädiert dafür, sich zuerst über das Gesamtpaket Abfallwirtschaft klar zu werden und danach mit den Gemeinden zu reden. Angesichts der vielen Unklarheiten müsse der Kreis zunächst sein Konzept festzurren.

Herr Baur trennt die Abfallwirtschaft in zwei Blöcke auf. Für den Bürger seien in erster Linie die Themen Windelsäcke und Behälteränderungsdienst wichtig. Um diesen Bereich gehe es heute; hierfür brauche die Verwaltung ein Signal vom Ausschuss. Alle anderen Aspekte und Maßnahmen zur Änderung im System könnten von diesem Block separiert werden.

KR Sing warnt davor, heute die Kündigungen zu beschließen. Dies sei auch den Bürgermeistern gegenüber nicht fair.

Herr Baur verweist auf die bereits erfolgten ausführlichen Gespräche mit den Vertretern der Kommunen. Er schlägt eine Ergänzung des Beschlussentwurfs vor: „Die Verwaltung wird beauftragt, vor dem Versand der Kündigungsschreiben die Gemeinden ausführlich über die Gründe zu informieren.“

KR Wurm stellt klar, dass die Kreisräte zur Rückdelegation zum 31.12.2018 stehen werden und dass die Verwaltung ihren Betrieb dementsprechend zum 01.01.2019 vorbereiten könne.

KR G. Lang erinnert daran, dass die Mehrheit des Kreistags seinerzeit nur mit der Zusage einer weichen Rückdelegation für die Änderung des Abfallwirtschaftssystems zu gewinnen war. Diese strategischen Gründe dürften auch heute nicht außer Acht gelassen werden. Wie KR Dr. Schad rät er dazu, erst die Gesamtkonzeption festzulegen und danach mit den Städten und Gemeinden zu verhandeln. Eine vorzeitige Kündigung würde die Bereitschaft in den Kommunen sicher nicht steigern. Außerdem stelle sich die Frage nach dem Umgang mit den Städten Isny und Wangen.

Für KR M. Scharpf gebietet es der Anstand, noch keine Kündigungen auszusprechen.

Die KRe Sing und M. Scharpf wollen auch das Thema Wertstoffhöfe in dieser Diskussion nicht ausklammern.

KR Peter war beim Lesen der Sitzungsvorlage der Meinung, dass die heute geforderte Information der Kommunen bereits erfolgt sei. Auch er wünscht sich ein abgeschlossenes Konzept, mit dem in die weiteren Verhandlungen gegangen werden soll.

Herr Baur nimmt in der heutigen Diskussion eine breite Mehrheit für die zusätzliche Übertragung von Zuständigkeiten auf den Landkreis zum 01.01.2019 wahr. Er sei bereit, die Gründe in den kommunalen Gremien zu erläutern und die Leistungen im Einzelnen vorzustellen. Im Anschluss an diese Informationsrunde und nach Vorliegen sämtlicher Rückmeldungen werde die Verwaltung das Thema erneut zur Abstimmung bringen.

KR M. Scharpf befürchtet einen enormen Aufwand für die Verwaltung und schlägt vor, die Information schriftlich durchzuführen.

KR Schmidinger formuliert folgende Modifizierung des Beschlussentwurfs:

„Der Ausschuss für Umwelt und Technik spricht sich für eine komplette Rückdelegation der Abfallwirtschaft an den Landkreis Ravensburg zum 31.12.2018 aus.

Die Verwaltung wird aufgefordert, mit den Gemeinden die bestehenden Beistandsleistungsverträge zu kündigen. Zuvor sollen aber alle Gemeinden informiert werden.“

KR Bindig möchte den Passus „komplette Rückdelegation“ gegen „Neuordnung und Erweiterung der Rückdelegation“ ersetzen.

Beschlussentwurf der Verwaltung:

Die Beistandsleistungsvereinbarungen mit 27 Städten, Gemeinden und einem Gemeindeverwaltungsverband werden vorsorglich auf den 31.12.2017 gekündigt.

Modifizierter Beschlussentwurf auf Antrag der KRe Schmidinger und Bindig:

Der Ausschuss für Umwelt und Technik spricht sich für eine Neuordnung und Erweiterung der Rückdelegation der Abfallwirtschaft an den Landkreis Ravensburg zum 31.12.2018 aus.

Die Verwaltung wird aufgefordert, mit den Gemeinden die bestehenden Beistandsleistungsverträge zu kündigen. Zuvor sollen aber alle Gemeinden informiert werden.

Beratungsergebnis: bei 1 Gegenstimme und 2 Enthaltungen mehrheitlich **modifiziert** beschlossen

(Befangen: KRe Krattenmacher und Moll)

Angelegenheiten des Straßenbauamtes

4 0236/2016

Freigabe der mit Sperrvermerk für die Erhaltung von Kreisstraßen vorgesehenen HH-Mittel

KR Bindig dankt für die konstruktive Umsetzung des Antrags der SPD-Fraktion.

Beschlussentwurf:

Der Sperrvermerk über die durch den Beschluss des Kreistags zur Haushaltsatzung vom 14.12.2016 zusätzlich für die Erhaltung von Kreisstraßen zugewiesenen Mittel in Höhe von 500.000 € wird aufgehoben.

Beratungsergebnis: einstimmig beschlossen

Angelegenheiten des Eigenbetriebs IKP

5 0076/2017

Stromkostensenkung in Flüchtlingsunterkünften des Landkreises Ravensburg -

Beauftragung von Herrn Claus Scheuber zur Durchführung einer Machbarkeitsstudie und Ermittlung öffentlicher Fördermittel - Antrag der ÖDP-Fraktion vom 08.05.2017

KR Aicher fordert einen Zwischenbericht der Energieagentur Ravensburg in absehbarer Zeit.

KR Sing dringt auf die Vorstellung von technischen Angaben und konkreten Ansätzen zur Stromkostensenkung in Flüchtlingsunterkünften.

KR Bindig fällt auf, dass mit dem Antrag von KR Aicher vorgeschlagen wurde, einen Auftrag an eine bestimmte Person zu vergeben. Dies gefalle ihm nicht. Der Ausschuss könne lediglich inhaltlich-sachliche Vorgaben machen. Er bittet darum, bei künftigen Antragstellungen auf derartige Formulierungen zu verzichten.

Herr Meißner stellt einen Bericht über die Untersuchung zur weiteren Umsetzung von Photovoltaikanlagen für das 4. Quartal 2017 in Aussicht. Er beschreibt die Maßnahmen zum kosteneffizienten Betrieb von Wohnunterkünften für Flüchtlinge:

- Sensibilisierung der Flüchtlinge und Mitarbeiter vor Ort
- technische Möglichkeiten zur Verbrauchsreduzierung wie Zentralsteuerung, Fensterkontakte, Kippfunktion
- regelmäßiges Entkalken von Boilern und Geräten

KR Krattenmacher wendet sich gegen eine Vorstellung des Berichts der Energieagentur im Ausschuss. Es reiche völlig aus, die Information schriftlich zu geben.

KR M. Scharpf schlägt vor, mit Raumthermostaten ein für hiesige Verhältnisse übliches Raumklima her- und sicherzustellen.

KR Aicher betont, ihm gehe es bei der Antragstellung lediglich um die technische Überprüfung, ob und wie Photovoltaikanlagen zur Stromkostensenkung in Flüchtlingsunterkünften beitragen können.

Beschlussentwurf:

Der Antrag wird nicht weiterfolgt, da die Untersuchung der kreiseigenen Liegenschaften auf eine wirtschaftliche Umsetzung von Photovoltaikanlagen be-

reits durch die Energieagentur Ravensburg erfolgt.

Beratungsergebnis: bei 2 Gegenstimmen mehrheitlich beschlossen

Der Vorsitzende fügt an, dass der von Herrn Meißner angekündigte Bericht im 4. Quartal als Info-Mail an die Ausschussmitglieder gerichtet wird.

Mitteilungsvorlagen

6 0093/2017

K 8011, Verlegung Anschluss an die B 12 - Information über Planungsstand und Öffentlichkeitsarbeit

KR Strubel tauscht sich mit Herrn Gehringer über die verschiedenen Flächenbedarfe (je nach Variante) und die entsprechenden Eigentumsverhältnisse aus.

KR Bindig zieht ein Ausgleichs-Angebot an den betroffenen Landwirt in Erwägung (Verlegung des Stallgebäudes zur Entschärfung der Gefahrenstelle).

Herr Gehringer wird diesen Gedanken in den weiteren Verhandlungen mit dem Anlieger ansprechen.

KR Peter beschreibt die finanzielle Dimension einer Betriebsverlegung. Die Sinnhaftigkeit eines solchen Weges scheint ihm eher fragwürdig zu sein.

KR Krattenmacher tendiert zur Variante 3. Mit dieser Planung könne eine gute und wirtschaftliche Lösung erzielt werden.

Beratungsergebnis: zur Kenntnis genommen

7 0095/2017

Entwicklung der Ökokonto Maßnahmen im Landkreis Ravensburg

Frau Steger erläutert die Ökokonto-Maßnahmen im Landkreis Ravensburg mit einer

PowerPoint-Präsentation.

KR Krattenmacher stellt fest, dass das Ökopunkte-System einen positiven Effekt auf die Qualität der Ausgleichsmaßnahmen und auf das Bewusstsein der Menschen hat. Im Zuge der anstehenden Evaluation der Ökopunkte-Verordnung müssen seiner Meinung nach folgende Aspekte im Auge behalten werden:

- Pflege von alten Streuobstwiesen (auch in Anbetracht des Wegfalls des Brennrechts)
- zunehmende Flächenkonkurrenz
- Anerkennung der Pflege von Blumenwiesen, auch wenn die Flächen über die Jahre wechseln sollten
- Umgang mit den Ökopunkten der ersten Generation

Frau Steger geht auf das Streuobstkonzept, die Grenzen der Ökopunkte-Verordnung und die Aufarbeitung der Altfälle / Überführung in das neue Ökopunkte-System ein.

KR Sing legt großen Wert auf die Nachhaltigkeit der Maßnahmen. Ein Betreuungsmanagement sowie die Überwachung der Pflege seien unerlässlich. Ohne Kontrolle würde das Ökopunkte-System keinen Sinn machen.

Frau Steger verweist auf das Kompensationsverzeichnis, in welchem alle Maßnahmen erfasst werden. Dieses Verzeichnis sei auch im Internet einsehbar. Die rechtliche Verpflichtung zum Ausgleich sei ggf. auch einklagbar. Im schlimmsten Fall könne die Maßnahme behördlicherseits wieder entzogen werden.

KR Aicher erwähnt eine Anfrage der CDU-Landtagsabgeordneten Schuler und Haser, ob und inwieweit das Umweltministerium die Förderung von Fischpässen an Wasserkraftanlagen für sinnvoll hält. Er bittet die Verwaltung, bei etwaigen Bedenken den Abgeordneten einen entsprechenden Bescheid zu geben.

KR Bindig fragt, ob es einen Kontrollplan mit konkreten Zeitfenstern gibt. Außerdem wünscht er weitere Angaben zu den vom Landkreis selbst benötigten Ökopunkten:

- Für welche Maßnahmen?
- Wurden vom Landkreis bereits Ökopunkte gekauft?
- Wird der AUT über den Kauf von Ökopunkten informiert?

KR G. Lang greift die in der Klausursitzung des Kreistags entwickelten Ideen für Aus-

gleichsmaßnahmen, beispielsweise durch die Gestaltung von Straßenrändern, auf.

Herr Sieger glaubt nicht, dass der Landkreis alle erforderlichen Ausgleichs über eigene Maßnahmen vornehmen kann. Auch der Landkreis werde beim Regionalen Kompensationspool (ReKo GmbH) Ökopunkte zukaufen müssen.

Herr Schmidt beschreibt das Kontrollverfahren und die Überwachungstermine.

KR Krattenmacher plädiert für eine Vollmitgliedschaft bei der ReKo. Aber auch diese entbinde den Landkreis nicht von der Verpflichtung, selbst Ökopunkte zu generieren.

KR Peter spricht folgende Themenblöcke an:

- Flächenmanagement
- Amphibienschutz
- Artenvielfalt
- Heranziehen von Flächen im Eigentum des Landes

KR Sing hält es für wichtig, im Bereich der Blumenwiesen tätig zu werden und spricht auch die Verwendung von weiteren Wiesen- und Moorflächen für Vernässungsmaßnahmen an.

Frau Steger teilt mit, dass die Verwaltung ständig nach geeigneten Flächen Ausschau hält. Herr Schmidt habe diesbezüglich einen professionellen Blick.

Beratungsergebnis: zur Kenntnis genommen

8 **Mitteilungen und Anfragen**

Anfrage von Bündnis 90/Die Grünen: Auskunft über die im Abfallwirtschaftskonzept des Landkreises vorgesehenen Maßnahmen zur Müllvermeidung und ihrer Wirksamkeit; Prüfung der Erweiterung des Maßnahmenpakets

Der Vorsitzende verweist auf die schriftliche Antwort der Verwaltung.

KR Sing kündigt in diesem Zusammenhang einen Antrag mit einer Liste konkreter

Maßnahmen zur Abfallvermeidung an.

Anmerkung der Schriftführung:

Anfrage und Antwort sind in session zu diesem TOP hinterlegt.

Anfrage von Bündnis 90/Die Grünen: Verbleib der Kunststoffe aus Leichtverpackungen

Der Vorsitzende verweist auf die schriftliche Antwort der Verwaltung.

Anmerkung der Schriftführung:

Anfrage und Antwort sind in session zu diesem TOP hinterlegt.

Bewerbung des Landkreises Ravensburg als Biomusterregion

Frau Meschenmoser teilt mit, dass die Verwaltung in Zusammenarbeit mit dem Bauernverband die Bewerbung des Landkreises als Biomusterregion vorbereitet. Sie beschreibt die Eckpunkte der bisherigen Planung.

Ausschusses für Umwelt und Technik am 27.06.2017:

Bekanntgabe der im nichtöffentlichen Teil der Sitzung gefassten Beschlüsse

Angelegenheiten des Eigenbetriebs IKP

9. 0090/2017

Energieversorgung Schul- und Verwaltungsquartier in Ravensburg - Zuwendung im Rahmen des EFRE

Beschlussentwurf:

Im Rahmen des Förderprogramms für kommunalen Klimaschutz erhielt der Landkreis Ravensburg für das Projekt „Energieversorgung Schul- und Verwaltungsquartier Ravensburg“ einen Zuwendungsbescheid aus Mitteln des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE-Mittel) in Höhe von bis zu 2.888.671,87 €. Die Gesamtkosten für das Projekt belaufen sich gemäß vorliegender Projektskizze auf voraussichtlich 8.159.382,50 €.

Die Fördermittel für das Projekt "Energieversorgung Schul- und Verwaltungsquartier Ravensburg" werden angenommen und die Verwaltung beauftragt, die Umsetzung des Projektes wie folgt weiter voranzutreiben:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, das Projekt und die öffentliche Ausschreibung der Projektsteuerungsleistungen der Stufe 1 AHO in die Wege zu leiten und an einen geeigneten Bieter zu vergeben. Mit diesem wird das Projekt vorbereitet, die Terminplanung festgelegt und die Leistungsbilder der erforderlichen Planungsleistungen erarbeitet.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, in den Entwurf des Stellenplans 2018 des Eigenbetrieb IKP für die Bearbeitungsdauer des Projektes (ab August 2017 bis zum Projektabschluss) zusätzlich 0,5 Planstellen aufzunehmen.

Beratungsergebnis: einstimmig empfohlen

Z. B.

Vorsitzender

Landrat Harald Sievers

Stellvertr. Vorsitz

entfällt

Schriftführerin

Eva Weeber

Kreisräte

Josef Wurm

Max Scharpf